



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart, Christian Klingen** und **Fraktion (AfD)**

Krieg in Europa: Bayerische Landwirtschaft auf den Ernstfall vorbereiten und Versorgungsengpässe vermeiden, bevor es zu spät ist

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass unsere heimische Landwirtschaft schnellstmöglich auf das Ziel ausgerichtet wird, Lebensmittelaufonomie in Bayern und Deutschland herzustellen.

Hierzu sollen bürokratische Hürden und Anbaureglementierungen, wie sie im „Green-Deal“ vorgesehen sind, so lange außer Kraft gesetzt werden, bis die Versorgungssicherheit Bayerns, Deutschlands und anderer europäischer Staaten vollumfänglich garantiert werden kann. Hierzu soll auf EU-Ebene in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten ein entsprechender Aktionsplan zu erarbeiten.

Begründung:

Der Ukraine-Krieg und ein sich anbahnender längerfristiger Konflikt mit Russland birgt die Gefahr, dass Lebensmittellieferketten nachhaltig gestört werden. Die Ukraine zählt neben den USA, China und Brasilien zu den größten Getreideproduzenten und Exporteuren der Welt. Von den dortigen 420 000 km² Ackerland werden drei Viertel bewirtschaftet. Vor dem Krieg mit Russland gingen Experten davon aus, dass das Land in diesem Jahr alleine für etwa 12 Prozent der weltweiten Weizenausfuhren, 16 Prozent der Maisexporte, 18 Prozent der Gerstenausfuhren und 19 Prozent der Rapsexporte verantwortlich sein würde.

Deutschland importierte 2019 Raps im Wert von 353 Mio. Dollar, sowie Weizen im Wert von 280 Mio. Dollar. Dabei haben sich die Importe von ukrainischen Gütern jährlich um 8,88 Prozent gesteigert.¹ Der zu befürchtende Wegfall der „Kornkammer Europas“ hätte gravierende Auswirkungen für den europäischen Lebensmittelmarkt und könnte in eine massive Lebensmittelinflation münden. Sollte sich der bilaterale Konflikt zwischen Russland und der Ukraine auf andere Staaten ausdehnen oder aber in eine neue Form des „kalten Krieges“ münden, steht zudem die Versorgungssicherheit Deutschlands insgesamt zur Debatte.

Wir können es uns vor diesem Hintergrund nicht länger leisten, auf intakte globale Lieferketten zu vertrauen und weiter auf Lebensmittelimporte zur Ernährung unserer Bevölkerung angewiesen zu sein. Aus diesem Grund müssen in Bayern, Deutschland und der EU jetzt die richtigen Maßnahmen getroffen werden, um einer möglichen zukünftigen Lebensmittelverknappung vorzubeugen.

Unsinnige bürokratische Reglementierungen, wie sie im Green-Deal vorgeschrieben sind, verhindern eine effektive Bewirtschaftung und müssen zugunsten einer Ausweitung der regionalen Landwirtschaft bis auf weiteres ausgesetzt werden.

¹ <https://oec.world/en/profile/bilateral-country/deu/partner/ukr>